

Pressemitteilung der Black Community

Hamburg, 15.05.2019

Betrifft: UKE-Stellungnahme an den Senat der Universität Hamburg

Black Community fordert vom UKE eine transparente Aufklärung der Vorgänge und keine scheinheilige Trauerbezeugung (durch Niederlegung eines Trauerkranzes am Ort des tödlichen Übergriffes)

Wir, Mitglieder, Vereine und Organisationen aus der Black Community in Hamburg und in Deutschland, sind entsetzt über die tendenziöse und beleidigende Darstellung der Vorgänge rund um den Tod unseres Bruders Tonou Mbobda durch das Universitätskrankenhaus Eppendorf (UKE) Hamburg vom 30.04.2019.

In diesem Dokument an den Senat der Universität Hamburg, welches nicht offiziell unterzeichnet wurde, aber dennoch verschiedenen Medien zugänglich gemacht wurde, sind eine Vielzahl an Unterstellungen und Behauptungen aufgeführt, die ausschließlich dazu dienen sollen, von der eigenen Verantwortung des UKE für diesen Todesfall abzulenken.

Bereits in der Einleitung des Dokumentes wird auf einen „ganz ähnlichen Fall“ (vom 30.04.2019) verwiesen, der mit den Vorgängen, die zum Tod von Tonou-Mbobda geführt haben, nicht im Zusammenhang stehen. Diese fallfremde Einbeziehung ist bereits ein klares Indiz dafür, dass dem UKE vordergründig daran gelegen ist, den Tod von Schutzbefohlenen Patient*innen zu „normalisieren“, als die eigenen Fehler und Verantwortlichkeiten zu benennen, zu analysieren und zukünftig abzustellen. Diese verantwortungslose Einstellung wird im letzten Satz am Ende des Schreibens nochmals eindrücklich betont: „Falls sich Fehler oder schuldhaftes Verhalten zeigen, werden wir natürlich reagieren.“

Das UKE verletzt in seinem Schreiben an den Senat ganz klar die Persönlichkeitsrechte des Patienten und die ärztliche Schweigepflicht, indem ärztliche Diagnosen und Deutungen von Verhaltensweisen des durch Handlungen von UKE-Mitarbeiter*innen verstorbenen Patienten mitgeteilt werden. Eine dafür notwendige Entbindung von der Schweigepflicht durch die Familie liegt nicht vor.

Durch diese Angaben und Bezeichnungen betreibt das UKE eine Stigmatisierung des Patienten und von Menschen, die einer Gesellschaft, in der ständig von Integration und Inklusion gesprochen wird, in keiner Weise gerecht wird.

Das UKE betont seine „Fürsorgepflicht“ gegenüber seinen Mitarbeiter*innen – einen Verweis auf die Fürsorgeverpflichtungen gegenüber Patient*innen findet sich hingegen nicht.

Das Dokument vom UKE beschreibt die Abläufe am 21.04.2019 im Weiteren sorgfältig ausgewählt und scheinbar objektiv. Aber in dieser Beschreibung fehlen leider einige ganz wesentliche Fakten:

- Der Patient hat sich selbst in Behandlung begeben und wollte einfach nur ärztliche Unterstützung
- Zum Zeitpunkt des brutalen, tödlichen Übergriffes durch die Sicherheitskräfte lag der Antrag auf Unterbringung an die Ordnungsbehörde Altona noch nicht vor
- Die Tatsache, dass die Beschäftigten des Sicherheitsdienstes einen Patienten, der sich vor dem Gebäude W37 aufhielt, aufgegriffen, auf den Boden geworfen, mit Schlägen und Tritten traktiert und dann mit mehreren Personen fixiert haben, wird nicht erwähnt
- Genauso wenig wird erwähnt, dass dieser ganze Vorgang solange gedauert hat, dass anwesende Zeugen sich gezwungen sahen, die Polizei zu rufen

Ein weiteres Zeichen für den manipulativen Charakter des Dokumentes des UKE ist die faktische Vorfeststellung nach dem Einleitungsteil, dass der Tod aufgrund einer „kardialen Komplikation“ eingetreten sei, obwohl doch weiter unten letztlich zu lesen ist: „Der Abschlussbericht (der Gerichtsmedizin) wird abzuwarten sein.“

Das UKE schreibt in seiner Stellungnahme, dass der Vorstand „empört über das medial erzeugte Klima der Vorverurteilung bis hin zum Vorwurf des Rassismus und Mordvorwurfs gegen Mitarbeiter*innen“ und dass man „es nach Jahrzehnten erstmals mit einem derartigen und so tragischen Geschehen am UKE zu tun habe“. Auch hier handelt es sich allerdings um reine Schutzbehauptungen, da es inzwischen zahlreiche, dokumentierte Übergriffe am UKE gegen Menschen afrikanischer Herkunft gibt, die

von unabhängiger Seite bestätigt wurden. Außerdem ist uns sehr wohl noch die zweifelhafte Rolle des UKE und einzelner, hochrangiger Mitarbeiter am UKE beim tödlichen Brechmitteleinsatz gegen Achidi John aus dem Jahr 2001 in Erinnerung.

Der Verweis des UKE auf die Gewerbeordnung für Sicherheitsdienstleister im Allgemeinen sowie auf einzelne Maßnahmen am UKE, wie beispielsweise Schulungen für das Sicherheitspersonal (Deeskalations-Training), ist eine reine rechtliche Absicherungsbekundung und sollte an einem Standort wie dem UKE in Hamburg natürlich selbstverständlich sein.

Leider zeigt dieses Dokument vom UKE jedoch auch, dass im Bereich der rassistischen Übergriffe und struktureller Gewalt gegen Menschen Afrikanischer Herkunft keinerlei Bewusstsein bei den Entscheidungsträgern dieser Institution existiert.

Daher fordern wir weiterhin die Leitung und alle Entscheidungsträger vom UKE dazu auf, klare Konsequenzen aus den Vorgängen rund um den Tod von unserem Bruder Tonou-Mbobda zu ziehen und alle Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Statt der verspäteten Bekundung von „Bestürzung“ und bloßer Niederlegung eines Trauerkranzes am Ort des tödlichen Übergriffes fordern wir das UKE zu der im Schreiben selbst bekundeten „Sachlichkeit, Transparenz und Aufklärung“ der Vorgänge auf. Das vorliegende Schreiben des UKE an den Senat der Universität Hamburg erfüllt all diese Kriterien nicht.

Für Rückfragen, Anmerkungen und eine ehrliche Kommunikation stehen wir selbstverständlich jederzeit zur Verfügung.

Black Community in Hamburg
Mail: black_community_hamburg@riseup.net

Touch ONE – Touch ALL!

Unterzeichnet:

- Black Community in Hamburg
- Black Community in Deutschland

Mitunterzeichnet:

- Africa United Sports Club e. V.
- Afrika Unite! Study Collective
- ARRIVATI
- Ta Set Neferu
- Initiative in Gedenken an Oury Jalloh
- CECAM e.V.